

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Bereich I-10/Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden	Datum 06.09.2007
	Schriftführerin Brigitte Mehl
	Telefon-Nr. 02202/142667
Niederschrift	
Ausschuss für Anregungen und Beschwerden	Sitzung am Mittwoch, dem 22. August 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:05 Uhr - 19:31 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.05.2007 - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.05.2007 - öffentlicher Teil -
398/2007**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Beschwerde vom 03.08.2007 wegen gesundheitsgefährdender Mängel an der Gemeinschaftsgrundschule Karl- Philipp- Straße
Beschwerdeführerin: Brunhilde Hartmann, Max- Joseph- Str. 18, 51429 Bergisch Gladbach
426/2007**

7. **Anregung vom 14.07.2007, an bedürftige Familien, deren Kinder 2007 eingeschult werden, einen Einschulungszuschuss zu zahlen**
Antragsteller: Claudius Caßemayer, Oberheidkamper Str. 14, 51469 Bergisch Gladbach
389/2007
8. **Anregung vom 28.05.2007, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in der Straße Kuckucksweg zu ergreifen**
Antragsteller: Alexa Godbersen & Holger Köster, Kuckucksweg 3, 51427 Bergisch Gladbach
333/2007
9. **Anregung vom 15.06.2007 das absolute Halteverbot im Bereich Bärbroicher Str. Nr. 10 wieder herzustellen**
Antragsteller: möchte nicht genannt werden
355/2007
10. **Anregung vom 23.11.2006, die Carl-von-Ossietzky-Straße zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären**
Antragsteller: Siedlungsgemeinschaft Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann
364/2007
11. **Anregung zur Wiedereinrichtung von Parkmöglichkeiten vor der Wohnanlage Kempener Straße 110 durch Beseitigung des Radfahrstreifens auf einer Fahrbahnseite**
Antragsteller: Hans-Jürgen Böttcher, Kempener Straße 110, 51467 Bergisch Gladbach
365/2007
12. **Anregung vom 30.05.2007 zur Verbesserung von Straßenbezeichnungen in Frankenforst**
Antragstellerin: Bürgergemeinschaft Alt- Frankenforst e. V., Parkstr. 40, 51427 Bergisch Gladbach
396/2007
13. **Anregung vom 04.05.2007 auf Erlass einer Außenbereichssatzung für den Siedlungssplitter Nußbaum**
Antragsteller: Herr Dipl.-Ing. Manfred Hantusch, Vinzenz-Feckter-Straße 17, 51469 Bergisch Gladbach im Auftrag für Meike und Udo Sekulla, Annette-Kolb-Straße 22, 51519 Odenthal sowie Vivi Papa und Rainer Sekulla, An der Engelsfuhr 4, 51469 Bergisch Gladbach
298/2007

14. **Anregung vom 04.07.2007, für eine bauliche Nutzung der Grundstücke Gemarkung Sand, Flur 4, Flurstücke 1235 und 1243, Häuser Dombach ohne Nummer, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragsteller: Eheleute Christine & Adolf Rothleitner, Häuser Dombach 1, 51465 Bergisch Gladbach
367/2007
15. **Anregung vom 11.06.2007, für eine Bebauung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 3, Flurstück 1003, Silberkauler Weg o. Nr., die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragstellerin: Maria Roth, Hove 14, 51515 Kürten
344/2007
15. **Anregung vom 10.07.2007, für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 3, Flurstück 806, Silberkauler Weg, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragstellerin: Dr. med. Mirja Werheid- Dobers, Pfarrer- Jekel- Str. 20, 51381 Leverkusen
376/2007
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung**
- nichtöffentlicher Teil -
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.05.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
399/2007
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden - nichtöffentlicher Teil -**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters - nichtöffentlicher Teil -**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil -**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->Der Vorsitzende, Herr Dr. Baeumle-Courth, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt er die Einladung vom 06.08.2007 mit den dazu gehörenden Vorlagen. <-@

2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung- öffentlicher Teil -

@->Die Niederschrift wird genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 30.05.2007 - öffentlicher Teil -

@->Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->Herr Dr. Baeumle-Courth weist auf zwei spät eingegangene Anregungen hin, die Gegenstand der kommenden Sitzung des Ausschusses am 28.11.2007 sein werden:

- a) Anregung vom 26.07.2007 bezüglich einer Bebauung Im Aehlemaar und
- b) Beschwerde vom 10.8.2007 bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit bei Planungsausschussunterlagen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->Es gibt keine Mitteilungen.

<-@

6 Beschwerde vom 03.08.2007 wegen gesundheitsgefährdender Mängel an der Gemeinschaftsgrundschule Karl- Philipp- Straße Beschwerdeführerin: Brunhilde Hartmann, Max- Joseph- Str. 18, 51429 Ber-

gisch Gladbach

@->Die Petentin schildert nochmals persönlich die bereits schriftlich dargelegte Problemlage der Schulkinder, vor allem der Mädchen. Für diese sei die Situation unhaltbar, sie wollten schon teilweise nicht mehr in die Schule gehen.

Sie stellt fest, dass die vorhandenen Vorhänge „Dreckschleudern und gesundheitlich nicht mehr tragbar sind“.

Bezüglich der beiden angesprochenen Themen Toiletten und Sonnenschutz wird der Toilettensituation aber Priorität gegeben.

Frau Schweizer berichtet, dass sie die Schule selbst besichtigt und dabei extrem saubere Toiletten vorgefunden habe. Die Vorhänge seien zwar teils ausgebleichen, aber in Ordnung und sauber gewesen. Die Schule sei in Bäume eingebettet, weshalb sie sich über die Forderung nach Sonnenschutz wundere. Bei Regenwetter müsse sogar Licht eingeschaltet werden.

Ihre Nachfrage bezüglich Sanierungsmaßnahmen an der Schule wird von Stadtbaurat Schmickler beantwortet: in den letzten Jahren sei an dieser Schule keine grundsätzliche Sanierung durchgeführt worden. Eine Sanierung der Fenster stehe in absehbarer Zeit an. Bei dieser Gelegenheit würde auch der Sonnenschutz geklärt werden.

Darüber, dass zu wenig Toiletten vorhanden sind und Handlungsbedarf besteht, sind sich alle einig.

Frau Schöttler-Fuchs will wissen, ob die Schulleitung und die Schulpflegschaft eingeschaltet worden sind. Herr Dr. Baeumle-Courth ergänzt diesbezüglich die Verwaltungsvorlage, dass am 14.06.2007 eine Schulpflegschaftssitzung und eine Schulkonferenz stattgefunden haben, wo die Problematik angesprochen worden sei, der konkrete Antrag an diesen Ausschuss sei den Gremien aber nicht bekannt gewesen.

Herr Dr. Steffen schlägt als vorübergehende, kurzfristige Abhilfemöglichkeit „Dixi-Toiletten“ vor. Um eine konzentrierte Unterrichtsteilnahme zu ermöglichen, solle spätestens nächsten Sommer auch für Sonnenschutz gesorgt werden. Am Geld könne das nicht scheitern. Vielleicht könnten auch Sponsoren gefunden werden. Er beantragt die Verweisung in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

Frau Lehnert ist über die geringe Toilettenzahl überrascht, zumal man im Rahmen des Ausbaus zur Offenen Ganztagschule besonderes Augenmerk auf die Sanitäranlagen legen wollte. Auch sie schlägt die Verweisung in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss vor.

Frau Scherer gibt zu bedenken, dass in Katastrophenfällen bei Notunterkünften kurzfristig für jeweils 15 Personen eine Toilette zur Verfügung zu stellen sei. Hier bestünden also höhere Ansprüche als für Schulkinder. Sie beantragt ebenfalls die Verweisung in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss, aber auch in den Jugendhilfeausschuss, wegen der Grundthematik der Offenen Ganztagschule.

Herr Kamp regt alternativ die Anmietung eines Toilettenwagens an.

Stadtbaurat Schmickler erklärt, dass ein wirkungsvoller Sonnenschutz nur von außen angebracht werden könne. Eine solche teure Maßnahme könne kurzfristig aber nicht

in Angriff genommen werden. Dies sei erst in einigen Jahren denkbar. Die Veränderungen im Rahmen der Offenen Ganztagschule seien in Abstimmung mit allen Beteiligten vorgenommen worden. Es könne und solle daher nun niemandem der „schwarze Peter“ zugeschoben werden. Vielmehr müsse eine Lösung gesucht werden. Es würde daher u.a. geprüft, die vorhandenen Toilettenkapazitäten durch einfache bauliche Maßnahmen anders auf Jungen und Mädchen aufzuteilen.

Herr Galley schlägt als kurzfristige Lösung eine Aufsicht über die vor den Toiletten anstehenden Kinder während der Pausen vor, da genügend Personal vorhanden sein müsse und eine Beaufsichtigung sowieso vorgeschrieben sei. Dies hält Frau Schweizer bei dem von einer Montessorischule vermittelten Menschenbild nicht für dienlich.

Frau Schöttler-Fuchs schlägt vor, die Toiletten der Kindertagesstätte mit zur Verfügung zu stellen. Sie hält auch für die Jungen zwei abschließbare Toiletten für nötig, wegen ihres Schamgefühls in diesem Alter.

Frau Schweizer lobt nochmals die Sauberkeit der Toiletten in dieser Schule, auch in der zweiten Pause, und schlägt alternativ vorübergehend die Mitbenutzung einer Lehrertoilette vor.

Stadtbaurat Schmickler kann sich eine Mitbenutzung der Toiletten in der Kindertagesstätte ab Mittag vorstellen, wenn diese keine Kinder mehr betreut. Die Frage der Mitnutzung einer Lehrertoilette soll angesprochen werden. Eine Lösung sieht er – wegen der enormen Kosten für eine neue Toilettenanlage – in erster Linie in einer Umverteilung der vorhandenen Toiletten.

Herr Dr. Baumle-Courth schlägt eine Fristsetzung für die Lösung vor. Er gibt zu Bedenken, ob die angesprochenen Parallelberatungen in den Ausschüssen ergiebig sind.

Wenn in Katastrophensituationen eine bessere Ausstattung gewährleistet sei als in Nicht-Katastrophensituationen, so ist das kaum zu verstehen. Er betont nochmals den gemeinsam erkannten Handlungsbedarf.

Stadtbaurat Schmickler sagt zu, innerhalb von 4 Wochen durch die Verwaltung die Konditionen für einfache Maßnahmen innerhalb des Gebäudes zu klären. Größere Maßnahmen könnten aber erst nächstes Jahr erfolgen. In der nächsten Sitzung erfolge ein Zwischenbericht, die Politik erhalte in 4 Wochen einen Zwischenstand mitgeteilt.

Danach ergeht folgender **Beschluss**:

- 1. Die Angelegenheit wird in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss verwiesen (einstimmig)**
- 2. Die Angelegenheit wird in den Jugendhilfeausschuss verwiesen (mehrheitlich)**
- 3. Die Angelegenheit wird in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport verwiesen (mehrheitlich)**

Herr Dr. Baumle-Courth hält abschließend fest, dass die Verwaltung die angesprochenen Übergangslösungen prüfen soll und der Ausschuss an sehr kurzfristigen - gegebenenfalls auch nur übergangsweisen - Lösungen interessiert ist.

Die Petentin bedankt sich für das Engagement des Ausschusses. Die Bäume stünden aber doch so weit weg, dass sich die Räume kräftig aufheizen.

<-@

7

Anregung vom 14.07.2007, an bedürftige Familien, deren Kinder 2007 eingeschult werden, einen Einschulungszuschuss zu zahlen

Antragsteller: Claudius Caßemayer, Oberheidkamper Str. 14, 51469 Bergisch Gladbach

@->

Herr Caßemayer ergänzt seine Anregung vom 14.07.2007 dahingehend, dass er einen Zuschuss in Höhe von 80 € beantrage anstatt der bislang üblichen 50 €. Allein der Grundbedarf vor Schulbeginn betrage laut unabhängigen Studien 100 € (z. B. evangelischer Kirchenkreis Ruhrgebiet). Im ALG II-Satz seien nur 1,63 € für allgemeinen Schreibbedarf enthalten, das reiche nicht. Im Haushalt müsse doch noch eine Lücke sein, aus der die 30 € für ca. 300 bis 400 Kinder finanziert werden könnten. Eine pauschale Auszahlung ohne Quittungen müsse möglich sein.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass sie diese Problematik schon vor Jahren erkannt habe. Auch wenn der Antrag im Grunde genommen sehr unterstützt würde, solle dieser doch für erledigt erklärt werden, weil in der aktuellen Haushaltssituation einfach nicht mehr Mittel bereitgestellt werden könnten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt zu bedenken, dass zu Beginn eines jeden Schuljahres neue Bücher gebraucht würden. Sie sieht das Grundproblem in den Regelungen zu Hartz IV, also beim Ministerium. Auch sie kenne keine Lücke im Haushalt der Stadt für einen höheren Zuschuss, wolle sich die Anregung aber für die nächsten Haushaltsberatungen merken.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass in Härtefällen auch 100 € gezahlt werden könnten und es auch einen Fördertopf aus Spendenmitteln gebe. Mehr sei nicht leistbar.

Auch die CDU-Fraktion sieht keinen Spielraum für eine höhere Leistung.

Die Frage der BfBB-Fraktion nach Hilfen für Familien außer der Reihe beantwortet Verwaltungsmitarbeiter Pütz damit, dass die Stadt für Grundschulkindern Lernmittelfreiheit sicherstelle, unabhängig von einer Hilfebedürftigkeit. Für Einzelfragen verweist Verwaltungsmitarbeiter Rockenberg auf Herrn Scherer im Fachbereich Jugend und Soziales, der den Überblick über vielfältige Fördermöglichkeiten habe.

Der Ausschuss fasst folgenden **Beschluss**:

Der Antrag wird mehrheitlich bei einer Enthaltung zurückgewiesen.

Herr Caßemayer äußert abschließend seine Unzufriedenheit mit der Entscheidung. <-

@

8

Anregung vom 28.05.2007, Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit in

der Straße Kuckucksweg zu ergreifen

Antragsteller: Alexa Godbersen & Holger Köster, Kuckucksweg 3, 51427 Bergisch Gladbach

@->Ergänzend zum Antragsschreiben erläutert die Petentin, dass in dem Viertel gerade ein Generationenwechsel stattfindet. Die Straße würde auch von vielen Kindern als Schulweg genutzt. Sie verstehe nicht, dass sich erst ein Unfallschwerpunkt ergeben müsse, bevor Stadt und Polizei tätig würden. Ein Polizist habe ihr sogar bestätigt, dass hier viele Verkehrsverstöße begangen würden. Mit einfachen Mitteln - Tempokontrollen, marode Blumenkübel ersetzen und an ursprünglichen Standort stellen, zusätzliche Blumenkübel – könne geholfen werden. Von den durchschnittlich 800 Fahrzeugen pro Tag seien laut Aussage der Polizei die Hälfte keine Anwohnerfahrzeuge. Der Vorschlag der Polizei – Umwandlung in Tempo-30-Zone – sei für sie absurd.

Herr Dr. Baeumle-Courth stellt fest, dass die von ihr genannte Fahrzeugfrequenz nicht zu einer Spielstraße passe und sieht daher Handlungsbedarf.

Herr Galley kennt die Situation vor Ort persönlich und hält sie für vergleichsweise gut. An einer möglichen Erneuerung der Blumenkübel sollten sich die Anwohner finanziell beteiligen. Sperrungen hält er nicht für sinnvoll. Auch er hält eine Umwandlung in eine Tempo-30-Zone nicht für gut.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht hier ebenfalls die Anwohner finanziell in der Pflicht.

Frau Schöttler-Fuchs fragt nach dem Hintergrund, weshalb die Beschilderung nicht mehr mit den heute geltenden Regelungen in Einklang stehen soll. Diese aufgrund eines Büroversehens abgedruckte Aussage nimmt Fachbereichsleiter Widdenhöfer zurück.

Sie empfiehlt den Anwohnern selbst initiativ zu werden und Flugblätter an die Fahrzeuge zu verteilen oder mit einem Banner auf die Spielstraßenregelung aufmerksam zu machen.

Frau Schweizer berichtet von „humps“ (Erhöhungen in der Fahrbahn) in Irland, welche das Tempo wirkungsvoll reduzieren und möchte diese Anregung an die Verwaltung weitergeben.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer betont dass die Polizei keinen Handlungsbedarf sehe, auch weil in den letzten 3 Jahren kein Unfall in der Straße passiert sei, lediglich einer im Einmündungsbereich. Auch wenn die Stadt ab 01.01.2008 eigene Geschwindigkeitsmessungen durchführen würde, dürfte sie dies nur an Gefahrenstellen. Er würde aber die Polizei um Messungen bitten, da diese überall messen darf. Auch die Polizei sehe keinen Anlass für eine Sperrung der Straße, da dies nur zu einer Verlagerung und damit Benachteiligung anderer Anwohner führen, aber keine Verbesserung insgesamt bringen würde. Von dem Vorschlag, die verkehrsberuhigte Zone aufzuheben, möchte auch er Abstand nehmen.

Die Verschiebung an den ursprünglichen Zustand und Erneuerung der Blumenkübel hält er grundsätzlich für sinnvoll.

Bezüglich der Anregung von Frau Schweizer schlägt er eine straßenverkehrsrechtliche Überprüfung vor, weist aber direkt darauf hin, dass dann alle verkehrsberuhigten

oder Tempo-30-Zonen entsprechend ausgestattet werden müssten, was nicht finanzierbar wäre.

Stadtbaurat Schmickler bestätigt, dass die hölzernen Blumenkübel der Verkehrsberuhigungsprojekte der 80-er Jahre im Stadtgebiet generell in schlechtem Zustand seien, ebenso wie die Straßen insgesamt. In den letzten Jahren sei in erster Linie in Schulgebäude investiert worden. Wenn nun neue Prioritäten gesetzt würden, dann sicher nicht bei den Blumenkübeln, obwohl diese innerhalb der nächsten 5 Jahre durchaus erneuert werden müssten. Selbst wenn diese beitragspflichtig sein sollten, stünde der Aufwand aber in keiner Relation zu den Einnahmen. Das Personal würde bereits in Kürze durch die Abrechnung der neuen Straßenlaternen sehr ausgelastet sein. Auch er appelliert daher an die Eigeninitiative der Anwohner. Die Verwaltung müsse abklären, wie die Erneuerung im ganzen Stadtgebiet am ökonomischsten in Zusammenarbeit mit den Anwohnern – wie auch von Herrn Kamp vorgeschlagen - durchgeführt werden könnte.

Herr Dr. Baeumle-Courth regt an, das Thema im Hinblick auf die gesamtstädtische Thematik in den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr (AUIV) zu verweisen. Über die Situation im Viertel solle auch einmal grundsätzlich nachgedacht werden.

Herr Höring schätzt das Ergebnis im AUIV ähnlich wie in diesem Ausschuss ein und hält den Verwaltungsaufwand für eine weitere Sitzung daher nicht für sinnvoll. Die Verwaltung solle sich besser bei der Polizei für Tempokontrollen zu den Schulwegzeiten einsetzen.

Herr Dresbach sieht eine Möglichkeit des Bauhofs, solche Kübel aus Beton selbst zu gießen und den Bürgern in Rechnung zu stellen. Dies wird von Stadtbaurat Schmickler wegen mangelnder Personalkapazitäten abgelehnt. Ein Kauf sei wirtschaftlicher.

Herr Galley plädiert für einen Abschluss des Themas. Die Verwaltung kümmere sich durchaus um Themen, die im Ausschuss abgeschlossen sind. Sollte sich innerhalb eines Jahres nichts tun, könnten sich die Bürger und Bürgerinnen gerne an die Politiker vor Ort wenden und das Thema nochmals ansprechen.

Die Petentin betont zum Abschluss nochmals die Bereitschaft der Bürgerschaft zur Zusammenarbeit und die Hoffnung auf städtische Unterstützung.

Es folgt der **Beschluss:**

- 1. Der Vorschlag der Verwaltung, das Verfahren einzustellen wird angenommen (mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen)**
- 2. Das Verfahren wird für den AAB abgeschlossen. <-@**

Antragsteller: möchte nicht genannt werden

@-> Der Petent ist nicht anwesend.

Die CDU-Fraktion sowie die KIDinitiative beantragen die Verweisung in den AUIV.
Die SPD-Fraktion beantragt den Abschluss des Verfahrens, keine Verweisung.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

1. Der Antrag wird in den AUIV verwiesen (mehrheitlich mit 9 Stimmen).
2. Für den AAB wird der Vorgang abgeschlossen.

<-@

10 **Anregung vom 23.11.2006, die Carl-von-Ossietzky-Straße zur verkehrsberuhigten Zone zu erklären**

Antragsteller: Siedlungsgemeinschaft Hermann-Löns-Straße e.V., Willy-Brandt-Str. 32, 51469 Bergisch Gladbach, vertreten durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Christian Herrmann

@->

Ohne Diskussion wird einstimmig folgender **Beschluss** gefasst:

Das Thema wird für den AAB abgeschlossen.

<-@

11 **Anregung zur Wiedereinrichtung von Parkmöglichkeiten vor der Wohnanlage Kempener Straße 110 durch Beseitigung des Radfahrstreifens auf einer Fahrbahnseite**

Antragsteller: Hans-Jürgen Böttcher, Kempener Straße 110, 51467 Bergisch Gladbach

@->Die CDU-Fraktion bedauert, dass kein Kompromiss beschlossen wurde und weist darauf hin, dass durch die vorhandene Regelung (keine Haltemöglichkeit) Verkehrsverstöße provoziert würden. Es bestehe keine Möglichkeit anzuhalten, um Fahrgäste ein- und aussteigen zu lassen oder Waren – wie z.B. dringend benötigte Medikamente - anzuliefern. Die Entscheidung müsse aber akzeptiert werden, weshalb dem Abschluss zugestimmt würde.

Die SPD-Fraktion sieht keinen Handlungsbedarf und ist daher auch für den Abschluss.

Es wird daher einstimmig folgender **Beschluss** gefasst:

Der Vorgang wird für den Ausschuss abgeschlossen.

<-@

12 **Anregung vom 30.05.2007 zur Verbesserung von Straßenbezeichnungen in Frankenforst**

Antragstellerin: Bürgergemeinschaft Alt- Frankenforst e. V., Parkstr. 40, 51427

Bergisch Gladbach

@->Die Vertreterin des Vereins, Frau Liane Schneider, betont, dass sich derzeit die Gelegenheit biete, ohne nennenswerten finanziellen Aufwand die Straßenumbenennung durchzuführen, weil die betroffenen Häuser unbewohnt seien.

Frau Lehnert möchte wissen, ob die Bewohner der Häuser Parkstraße 45 – 49 denn auch befragt wurden, was von Stadtbaurat Schmickler verneint wird.

Die SPD-Fraktion würde den Antrag bereits ablehnen, sofern auch nur ein Grundstückseigentümer dagegen ist.

Frau Scherer erklärt für die KIDinitiative, dass die gewünschte neue Namensgrenze zwar auf der Karte logisch erscheine, vor Ort aber auch dort keine klare Abgrenzung zu erkennen sei. Dem Vorschlag würde daher nicht gefolgt. An der aktuellen Grenze seien die Straßenschilder durch einen Baum ziemlich verdeckt. Hier wäre schon ein Rückschnitt hilfreich.

Stadtbaurat Schmickler weist darauf hin, dass eine Straßenumbenennung regelmäßig mit Aufwand für öffentliche und private Beteiligte verbunden sei. Es müssten daher triftige Gründe dafür gegeben sein, die im vorliegenden Fall nicht erkennbar sind. Wenn z.B. nur ein Anwohner dagegen sei, müsste die Verwaltung dringende öffentliche Belange darlegen, was hier nicht machbar erscheine. Aus Gründen der Rechtssicherheit lehne er daher eine Umbenennung ab.

Herr Sprenger ist von den geplanten Altenwohnungen überrascht und bittet die Verwaltung kurzfristig um nähere Auskunft dazu.

Frau Lehnert pflichtet der Petentin bei. Sofern an der Benennung nichts geändert würde, sollte doch die Beschilderung deutlich verbessert werden. Eine solche Verbesserung wird von Stadtbaurat Schmickler zugesagt.

Die Petentin betont nochmals, dass eine Umbenennung die bessere Alternative wäre und keine Kosten entstehen würden, da es derzeit keine Bewohner gebe. Die Häuser stünden zum Verkauf.

Es ergeht folgender **Beschluss**:

- 1. Das Angebot der Verwaltung einer besseren Straßenbeschilderung wird zur Kenntnis genommen, eine Umbenennung abgelehnt.**
- 2. Der Vorgang wird für den AAB abgeschlossen.**

<-@

13

Anregung vom 04.05.2007 auf Erlass einer Außenbereichssatzung für den Siedlungssplitter Nußbaum

Antragsteller: Herr Dipl.-Ing. Manfred Hantusch, Vinzenz-Feckter-Straße 17, 51469 Bergisch Gladbach im Auftrag für Meike und Udo Sekulla, Annette-Kolb-Straße 22, 51519 Odenthal sowie Vivi Papa und Rainer Sekulla, An der Engels-

fuhr 4, 51469 Bergisch Gladbach

@-> Herr Hantusch sieht für seine Mandanten einen Härtefall, wenn hier keine Einzelfallentscheidung getroffen würde. Es habe fast 10 Jahre gedauert, um eine kleine Erschließung für das Grundstück seiner Mandanten zu bekommen. Bei der Vielzahl der kleinen Grundstückssplinter rundherum würde es nach seiner Auffassung 10 bis 20 Jahre dauern, um eine Einigung für eine geschlossene Bebauung zu erreichen. Wenn darauf gewartet werden sollte, wäre der Antrag seiner Mandanten auf sehr lange Zeit blockiert. Das Haus Nr. 32 sei bereits wegen Schimmel seit 7 Jahren stillgelegt. Die Substanz leide enorm. Er bittet daher dem Antrag zu entsprechen. Die Erschließung sei inzwischen gesichert.

Die CDU-Fraktion beantragt die Verweisung in den Planungsausschuss, und hinsichtlich der Stadtentwicklung auch in den Hauptausschuss. Auch beim Baulandmanagement solle der Bereich berücksichtigt werden. Die Verwaltung soll bedenken, dass Teile des Weilers, nördlich des Erschließungsweges Nussbaum auch im neuen Landschaftsplan-Süd als Landschaftsschutzgebiet vorgesehen seien.

Die SPD-Fraktion hält eine Verweisung ebenfalls für sinnvoll.

Stadtbaurat Schmickler betont dass die lange Verfahrensdauer auf private Klärungsprozesse zurückzuführen sei. Im dortigen Gebiet müsste erst eine Umlegung erfolgen, damit vernünftig geplant werden könne. Es gebe dort ein großes Baulandpotential, weshalb die Verweisung sinnvoll sei.

Das Gebiet sei im Flächennutzungsplan bereits als Wohnbaufläche dargestellt. Er würde die Ausweisung im Landschaftsplan aber überprüfen.

Der Petent bedankt sich für die Unterstützung.

Es ergeht folgender einstimmiger **Beschluss**:

1. **Der Antrag wird in den Planungsausschuss und den Hauptausschuss verwiesen.**
2. **Der Vorgang wird für den AAB abgeschlossen.**

<-@

@-> <-@

14

Anregung vom 04.07.2007, für eine bauliche Nutzung der Grundstücke Gemarkung Sand, Flur 4, Flurstücke 1235 und 1243, Häuser Dombach ohne Nummer, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen
Antragsteller: Eheleute Christine & Adolf Rothleitner, Häuser Dombach 1, 51465 Bergisch Gladbach

@-> Herr Rothleitner bittet um Weiterleitung seines Antrags an den Planungsausschuss und für den Fall der Ablehnung um eine ausführliche Begründung. Die CDU-Fraktion hat eine Strukturuntersuchung für den Bereich Sand beantragt und will die Angelegenheit in den Planungsausschuss und in den Hauptausschuss verweisen.

Die SPD-Fraktion schließt sich dem an.

Stadtbaurat Schmickler stellt fest, dass aktuell an einem räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept gearbeitet würde, in welches das Ergebnis der Strukturuntersuchung Sand mit einfließe. Die momentane Tendenz gehe dahin, dass der Bereich südlich der Straße Baulandpotential sein könnte, der nördliche Bereich – in welchem die Flächen der Petenten liegen – eher nicht, weil dies eine Entwicklung in die freie Landschaft hinein wäre.

Eine Verweisung in den Hauptausschuss wird seinerseits empfohlen.

Die FDP-Fraktion lehnt eine Bebauung mit Blick auf die weitere Zersiedelung der Landschaft ab. Für sie stellt sich auch die Frage, ob die Vorgaben des Landschaftsplanes nicht erst durch den Kreis aufgehoben werden müssten, was von Stadtbaurat Schmickler verneint wird. Der Landschaftsplan weiche bei einer anders lautenden Bauleitplanung kraft Gesetzes zurück. Eingriffe in die Landschaft müssten aber stets geprüft und eventuell ausgeglichen werden.

Die KIDinitiative erinnert an den Aspekt des Baulandmanagements.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Bedenken bezüglich der fingerartigen Bebauung, welche die Grünfläche stückchenweise verschwinden lasse.

Der Petent weist abschließend darauf hin, dass gegenüber bereits Bebauung bestehe.

Es wird folgender **Beschluss** gefasst:

1. **Der Antrag wird in den Planungsausschuss und in den Hauptausschuss verwiesen.**
2. **Der Vorgang wird für den AAB abgeschlossen.**

<-@

15a Anregung vom 11.06.2007, für eine Bebauung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 3, Flurstück 1003, Silberkauler Weg o. Nr., die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen
Antragstellerin: Maria Roth, Hove 14, 51515 Kürten

@->Frau Roth äußert ihr Unverständnis darüber, dass sie trotz bereits vorhandener Erschließung des Grundstücks nicht bauen darf.

Die SPD-Fraktion plädiert für eine Verweisung in den Planungsausschuss, auch wenn die Zersiedelung der Landschaft problematisch gesehen würde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht ebenfalls die Zersiedelungsproblematik und auch die anwachsende Verkehrsproblematik, ist aber auch für die Beratung im Planungsausschuss.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass sie bereits seit langem einen Antrag gestellt habe, um die Bebauungsmöglichkeiten entlang des Silberkauler Wegs zu untersuchen und eventuell eine Satzung zu erlassen.

Die FDP-Fraktion gibt zu bedenken, dass für die touristische Vermarktung im Zuge der Naturarena bestimmte Dinge aufgebaut werden sollten, für die Grünflächen benötigt würden. Die schönen Gegenden sollten daher nicht zersiedelt werden.

Stadtbaurat Schmickler erklärt, dass sicher nicht alle Flächen zu Bauland gemacht werden könnten. Im zuständigen Gremium könne das im Zusammenhang geprüft werden. Dieser Entscheidung könne er nicht vorgehen.

Die Petentin wiederholt ihr Unverständnis darüber, dass sie nicht bauen darf.

Es wird folgender einstimmiger **Beschluss** gefasst:

1. **Die Angelegenheit wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Der Antrag ist für diesen Ausschuss abgeschlossen.**

<-@

15b **Anregung vom 10.07.2007, für eine bauliche Nutzung des Grundstückes Gemarkung Herkenrath, Flur 3, Flurstück 806, Silberkauler Weg, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen**
Antragstellerin: Dr. med. Mirja Werheid- Dobers, Pfarrer- Jekel- Str. 20, 51381 Leverkusen

@->Frau Dr. Werheid-Dobers begründet ihr Interesse an einer Bebauung damit, dass sie Herkenrath attraktiv finde und mit Ihrem Mann zusammen gerne wieder von Leverkusen nach Bergisch Gladbach, in das Gebiet in dem sie aufgewachsen ist, zurückkehren möchte.

Hier wird ohne Diskussion der gleiche **Beschluss** gefasst:

1. **Die Angelegenheit wird in den Planungsausschuss verwiesen.**
2. **Der Antrag ist für diesen Ausschuss abgeschlossen.**

<-@

16 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

@-> Schriftliche Anfragen liegen nicht vor.

Herr Kamp fragt an, ob die Ausschussunterlagen für die Öffentlichkeit im Internet lesbar seien. Die Frage soll im nicht-öffentlichen Teil in größerem Zusammenhang diskutiert werden.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her. <-@

Vorsitzender

Schriftführerin